

306/J XXII. GP

Eingelangt am 10.04.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Grünwald, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur

betreffend Umsetzung des 4-Parteien-Antrages vom 13. Dezember 2001
(Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung)

Am 29.5.2001 fand eine Parlamentarische Enquete zum Thema „Solidarität mit unseren Sterbenden -Aspekte einer humanen Sterbebegleitung" statt. In zahlreichen Referaten in- und ausländischer Expertinnen wurde das Thema Sterbebegleitung erörtert, wobei Konsens herrschte, dass würdevolles Sterben eine menschlich kompetente Sterbebegleitung verlange, und dass umfangreiche Maßnahmen für die Verbesserung der Bedingungen für Sterbebegleitung in Österreich gesetzt werden sollten.

Im Dezember 2001 wurde im Nationalrat ein 4-Parteien-Entschliessungsantrag verabschiedet, der ganz konkrete Verbesserungsschritte für Sterbebegleitung beinhaltet.

Inzwischen ist mehr als ein Jahr vergangen und es ist an der Zeit, abzufragen, welche Maßnahmen in diesem Bereich wirklich getroffen wurden.

Eine Maßnahme ist die Einführung der Familienhospizkarenz, die aber durch die fehlende Entgeltfortzahlung nur von wenigen Menschen in Anspruch genommen werden kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Welche Maßnahmen für die Schaffung von Professuren für Palliativmedizin, Schmerztherapie und Geriatrie haben Sie seit Dezember 2001 konkret gesetzt?
- 2) Wann wird es in Österreich einen Lehrstuhl für Palliativmedizin, Schmerztherapie und Geriatrie geben?
- 3) Inwieweit haben Sie Schwerpunktsetzungen in der Lehre, insbesondere in den Studienplänen Humanmedizin, sowie in der Forschung, vor allem für den Bereich der Palliativmedizin, Schmerztherapie und Geriatrie seit Dezember

2001 aktiv unterstützt?